



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft
Behindertenpolitik**

Frau Thiemann

Telefon: (0221) 221-22822

Fax : (0221) 221-6627497

E-Mail: angelaedith.thiemann@stadt-koeln.de

Datum: 20.09.2017

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung der
Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 19.09.2017**

öffentlich

**1.1 Arbeitsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die
Zeit von 09/2014 – 05/2017**

**1.1.1 Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Arbeits- und Erfah-
rungsbericht für die Zeit von 09/2014 - 05/2017
2233/2017**

Herr Dr. Bell stellt den Arbeitsbericht kurz vor.

Herr Intveen erläutert, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen den Arbeitsbericht als einen Erfolgsbericht ansehen. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird immer häufiger von den Fachausschüssen des Rates und auch der Verwaltung in Beratungsverfahren einbezogen und um Stellungnahme gebeten. Dies ist aber für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen mit einem sehr hohen Arbeitsaufwand verbunden. Um diese Aufgabe zu bewältigen brauchen sie eine ausreichende Unterstützung. Ohne diese Unterstützung durch die Fachstelle Behindertenpolitik bzw. die Geschäftsführung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik ist es den Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen nicht möglich, diese ehrenamtliche Arbeit im erforderlichen Umfang zu erbringen.

Die Verwaltung hat die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen nun informiert, dass diese Unterstützung durch der Fachstelle Behindertenpolitik mit den vorhandenen Personalkapazitäten nicht im als erforderlich angesehen Umfang erbracht werden kann. Dies bedeutet für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, dass sie ihre ehrenamtliche Leistung auch nicht im erforderlichen Umfang erbringen können.

Des Weiteren sehen die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen die Gefahr, dass die geplante Dezernatsneuordnung dazu führen könnte, dass der Vorsitz der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nicht mehr durch den Sozialdezernenten wahrgenommen wird. Die Behindertenorganisationen

und -selbsthilfegruppen sehen sich durch Herrn Dr. Rau und sein Dezernat sehr gut vertreten und würden es begrüßen, wenn dies weiterhin so bleibt.

Herr Intveen stellt darüber hinaus im Namen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen dar, dass die Ungleichbehandlung der Stadtarbeitsgemeinschaften Behindertenpolitik gegenüber etwa der Seniorenvertretung nicht zielführend ist. Während die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik keinerlei finanzielle Unterstützung erhalten, erhalten beispielweise die Seniorenvertreter*innen Sitzungsgeld und eine Aufwandsentschädigung.

Frau Röttger-Schulz weist darauf hin, dass es sehr schwierig ist, neue ehrenamtlich arbeitende Menschen mit Behinderung für die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zu finden, wenn keinerlei finanzielle und zu wenig persönliche Unterstützung bei der doch sehr umfangreichen Arbeit der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen angeboten wird.

Herr Intveen stellt für die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen daher fest, dass die Arbeit der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen und der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik als Erfolgsgeschichte nur weitergehen kann, wenn bei der Fachstelle Behindertenpolitik sehr kurzfristig Personal zugesetzt wird. Er bittet die Vertreter*innen der Ratsfraktionen um Stellungnahmen.

Frau Schmerbach bittet die Verwaltung, dem Ausschuss Soziales und Senioren kurzfristig sowohl den Arbeits- und Erfahrungsbericht als auch die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis zu geben, damit hierüber in den Fraktionen beraten und gegebenenfalls auch Konsequenzen für die Haushaltsplanberatungen gezogen werden können. Der Bericht zeigt die Vielfältigkeit der Aufgaben und auch die Erfolge der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik auf, so dass dieser eine gute Grundlage für die Beratungen in den Fraktionen darstellt.

Herr Waddey sieht die Stellungnahme der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen sehr positiv. Er versteht die Sorge der Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen, dass die positive Entwicklung in der Behindertenpolitik gestoppt werden könnte. Er hält eine professionell zuarbeitende Verwaltung für erforderlich und sieht die Ungleichbehandlung der Stadtarbeitsgemeinschaften als problematisch an.

Frau Lerchner stellt dar, dass sie die Stellungnahmen der stimmberechtigten Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zum 2. Folgebericht des Handlungskonzeptes Behindertenpolitik und zum vorliegenden Arbeits- und Erfahrungsbericht mit Interesse zur Kenntnis genommen hat. Die Behindertenpolitik sei bei der Fachstelle Behindertenpolitik in guten Händen. Sie bittet ebenfalls darum, dass beide Vorlagen kurzfristig in den Ausschuss Soziales und Senioren eingebracht werden, damit alle Fraktionen darüber beraten können.

Beschluss:

1. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt den Arbeits- und Erfahrungsbericht der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit 09/2014 – 05/2017.
2. Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik beschließt das Fazit der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik für die Zeit 09/2014 – 05/2017.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

1.1.2 Unterstützung der Vertreterinnen und Vertreter der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik durch die Fachstelle Behindertenpolitik 2863/2017

Herr Ladenberger erläutert, dass die Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen von der Verwaltung informiert wurden, dass die Unterstützung durch die Fachstelle Behindertenpolitik mit den vorhandenen Personalkapazitäten nicht im als erforderlich angesehen Umfang erbracht werden kann. Er erinnert daran, dass es früher jährlich zwei großen Veranstaltungen der Kölner Behindertenpolitik gegeben hat: Eine aus Anlass des Tags der Menschen mit Behinderung und eine zur Verleihung des Kölner Innovationspreises Behindertenpolitik. Diese sind nach der Verringerung des Personals der Fachstelle Behindertenpolitik auf einen jährlichen Wechsel umgestellt worden, was einen erheblichen Einschnitt bedeutet. Die jetzt angekündigte Einschränkung der Unterstützung durch die Fachstelle Behindertenpolitik stellt eine weitere Verringerung dar und ist nicht akzeptabel. Sie wird von den Vertreter*innen der Behindertenorganisationen und -selbsthilfegruppen nicht hingenommen.

Herr Dr. Rau sichert zu, dass er seine Anstrengungen, eine Gleichbehandlung der Stadtarbeitsgemeinschaften herbeizuführen, verstärken wird.

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.